

Wiedereinführung des Bußtages und Aufhebung des Revolutionsfeierfestes in Braunschweig.

Braunschweig, 30. Oktober. In der heutigen Sitzung des Landtags wurde beschlossen, den Bußtag als gesetzlichen Feiertag wieder einzuführen. Das Gesetz über die Feier des 9. November wurde aufgehoben.

Konkurs der Landbundgenossenschaften.

Berlin, 30. Oktober. Der Konzern deutscher Landbundgenossenschaften hat heute wegen Zahlungsunfähigkeit das Konkursverfahren beantragt. Der Konzern kann Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen. Außerdem ist auch Überschuldung eingetreten, weil ein Teil der Außenstände des Konzerns infolge Konkurses einzelner Schuldner nicht eintreibbar sein wird.

Drohender Beamtenstreik in Oesterreich.

Wien, 30. Oktober. Die Vollziehung des 2er-Ausschusses der Bundesbeamtenchaft beschloß nach einer Aussprache mit dem Bundeskanzler Kamek, noch im Laufe des heutigen Tages der Regierung ein schriftliches Ultimatum, befristet bis Sonntag mittag, zu überreichen. Sollte bis dahin keine Änderung der Lage eintreten, so ist der Beginn des Ausstandes für Mittwoch geplant. Der Bundeskanzler und der Finanzminister teilten heute dem Exekutivkomitee des 2er-Ausschusses der Bundesbeamtenchaft den Beschluß des Ministerrates mit, wonach die Regierung mit Rücksicht auf die internationalen Bindungen und die wirtschaftliche Situation nicht in der Lage sei, noch im Laufe dieses Jahres die von der Beamtenchaft gewünschte außerordentliche Zulage zu bewilligen zu bringen, und sie also nicht etwa auf Rechnung des nächsten Jahres gewähren könne. Schon im Dezember werde aber den notwendigen Beamten durch Gewährung von Gehaltszuschüssen in liberaler Weise entgegengekommen werden.

Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 1. November. Am Sonnabend und Sonntag tagte hier der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie. Dem Kongress lag ein ausführlicher Bericht des Parteivorstandes über die Tätigkeit in den verschiedenen Geschäftsjahren vor. In dem Bericht heißt es: Zwar hat die Parteiorganisation in der Provinz Einbußen zu verzeichnen, die auf die schwere wirtschaftliche Dauerkrise zurückzuführen sind, aber in Wien, wo fast ein Drittel der ganzen Bevölkerung wohnt, ist die Zahl der Parteimitglieder von 266 415 auf 301 477 gestiegen.

Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder ist in ganz Österreich gestiegen, und zwar von 154 190 auf 165 004, wovon 93 932 in Wien leben. Dagegen wird die Mitgliederzahl der Jugendorganisation mit 28 541 in 250 Gruppen als zu gering betrachtet.

Die Parteipresse besteht aus den Tagesblättern in Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz und Klagenfurt, sowie einer Anzahl nicht täglich erscheinender Zeitungen. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ hat eine Verkaufszahl von 90 000, am Sonntag bedeutend mehr.

Das sehr umfangreiche Bildungswesen wird im nächsten Jahre gekürzt werden durch die Öffnung der Arbeiter-Hochschule im eigenen Gebäude, wofür die Mittel aus dem Verkauf der großen Hammerbrodwerte genommen werden. Dem Stand der Parteiorganisation entspricht die Entwicklung der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der Sport- und Kinderfreundeorganisationen und, nicht zu vergessen, des „Republikanischen Schutzbundes“, jener rein sozialdemokratischen Abwehrtruppe reaktionärer Übergriffe, die mit dem „Reichsbanner Schwarzes-Rot-Gold“ in freundschaftlichem Kontaktverhältnis steht.

Zum Tode Franjes.

Moskau, 1. November. Der verstorbene Volkskommissar für das Kriegswesen Franje wurde im Gewerkschaftshaus aufgebahrt. Regierungsmitglieder und Vertreter der Truppenteile und der Arbeiterorganisationen hielten die Ehrenwache. Der auf den 3. November festgesetzte Begräbnistag wurde zum Trauertag für die gesamte Sowjetunion ernannt.

Karahan bleibt Sowjetbotschafter in China.

Moskau, 1. November. Wie bereits gemeldet, ist Karahan zum dritten Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtiges ernannt worden. Er verbleibt jedoch, wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion mitteilt, auf seinem Posten als Sowjetbotschafter in China.

Der Marokkokrieg.

Paris, 1. November. Havas meldet aus Rabat: Im westlichen Frontabschnitt besetzten die Franzosen nach einem Gefecht Essaura und Taunza, 4 Kilometer nördlich von Rabat, und schlugen den Feind, der schwere Verluste erlitt, in die Flucht. Der Feind zieht sich nach Norden zurück. Im mittleren

München, 30. Oktober.

Als erster Zeuge wurde in der heutigen Sitzung

Reichstagsabgeordneter Philipp Scheidemann vernommen. Aus seiner Aussage, die sich in wesentlichen Stücken mit denen Dr. Landsbergs, Rostes, Kuntlers und Kners deckt, sind folgende Stellen besonders bemerkenswert:

Je schwieriger die Lage in Deutschland wurde, um so heftiger wurden die Eroberungsforderungen in Deutschland selbst, so daß die Soldaten schließlich sagten: Ja, so wir denn ins Feld geschickt werden, um das Vaterland zu verteidigen oder um Nordfrankreich und das Erzbecken von Lothringen zu erobern? Bethmann Hollweg als Kanzler hat uns unter vier Augen zugesichert, daß er diese Forderungen für wahrheitsgemäß halte, aber er fand leider nicht den Mut, die alldeutschen Leute in offener Reichstagsitzung abzuschütteln. Er sagte oft, er sei in verzweifelter Lage, denn er müsse nicht nur die Arbeiter bei der Stange halten, sondern auch die anderen. Das Schlimmste war, daß dynastische Forderungen auf Gebiete des Feindes damit verknüpft wurden.

Der Zeuge fährt dann fort: Als der Zeuge Scheidemann erklärte, daß die Dolchstoßtheorie in einem wissenschaftlich ausgeprägten Mantelchen erschienen, widersprach der Rechtsanwalt Graf Besalozza dieser Zeugenaussage auf das entschiedenste. Der Zeuge habe unter seinem Eide lediglich Tatsachen zu bekunden. Daß er Angriffe gegen eine Partei mit seiner Zeugenaussage verbinde, sei unnötig.

Rechtsanwalt Hirschberg erwiderte, er habe die gegnerischen Zeugen auch nicht unterbrochen und erwarte von der Loyalität der Gegenseite das Beste.

Der Vorsitzende ersuchte den Zeugen, objektive Tatsachen vorzubringen.

Den rücksichtslosen Unterseeboottkrieg

lehnten wir ab und zwar deshalb, weil mit absoluter Gewißheit feststand, daß Amerika dann in den Krieg hineingezwungen würde, und Amerika noch auf der Seite der Entente bedeutete für uns finis Germaniae. Wir lehnten also ab, und ich weiß, auch Bethmann Hollweg war entschieden Gegner dieses rücksichtslosen Unterseeboottkrieges. Als ich ihn dann fragte: Ja, warum haben Sie denn den Kram da nicht hingeworfen?, da erklärte er mir: Wenn ich demissioniert hätte, wäre es der Sozialdemokratie unmöglich geworden, bei der Stange zu bleiben, und um sie bei der Stange zu halten, habe ich gute Miene zum bösen Spiel gemacht und dem Kaiser die Verantwortung zugeschoben. Nicht nur der Kanzler, auch verschiedene Staatssekretäre waren entschiedene Gegner dieses Planes.

Alle die Friedenshoffnungen,

die schon viele Kreise unseres Volkes im Winter 1916/17 erfaßt hatten, wurden im Laufe des Jahres 1917 gründlich zerstört. In diesem Jahre begannen wir Sozialdemokraten frühzeitig die Vorbereitungen für die Friedenskonferenz in Stockholm. Ebert und ich wurden die haupttreibenden Kräfte, und wir handelten vollständig im Einverständnis mit der damaligen Reichsregierung. Jede Erleichterung, nach Stockholm zu kommen, verschaffte uns der Reichskanzler. Denn niemand hatte mehr Sehnsucht nach dem Frieden als er selbst. Unsere Verhandlungen in Stockholm brachten leider nicht das erwartete Resultat, aber wir hinterließen dort ein einstimmig beschlossenes, von uns ausgearbeitetes Memorandum, das später von der deutschen Reichsregierung, vor allem von Staatssekretär Kühlmann als Arbeit 1a bezeichnet wurde. Auch der Kaiser konnte sich gelegentlich einer Begegnung, die wir in Gemeinschaft mit Mitgliedern anderer Fraktionen im Hause des Herrn Helfferich mit ihm hatten, nicht enthalten zu sagen: „A la bonheur, in Stockholm haben Sie sich brillant gepaukt!“ — Stockholm war gescheitert.

Die Friedensresolution des Reichstags

wurde zerfallen durch Michaelis mit seinem Besatz „so wie ich sie auflosse“. Die dritte Gelegenheit des Jahres 1917, um zum Frieden zu kommen, ging vom Pappe aus. Der Kaiser war mit dem Kuntius Facelli zusammengelassen und hatte diesem in einer Antwortung von großer Sehnsucht nach dem Frieden gesagt, die katholische Kirche sei vermöge ihrer weitgespannten Organisation die berufene Instanz, den Friedensgedanken zu propagieren. Weiter sagte damals

Dolchstoßprozeß.

der Kaiser, die Sozialdemokratie habe die Bedeutung einer solchen Propaganda richtig erkannt und habe als erste den Mut gehabt, sich in den Dienst des Friedens zu stellen. Das bleibe dauerndes Verdienst der Sozialdemokratie, und wenn man nicht wolle, daß die Sozialdemokratie das alleinige Verdienst für die Vorbereitung des Friedens für sich in Anspruch nehmen könne, so müsse auch die katholische Kirche jetzt dazu mitwirken. Der Kuntius willigte ein — aber wir wissen heute, daß Michaelis; die Alldeutschen und mit ihnen die Oberste Heeresleitung

auch diese Aktion vollkommen hintertrieben haben.

Schon damals stand uns das Wasser bis an den Hals. Die Truppen waren in größtem Unwillen. Im Inlande hatten wir nichts zu essen, aber — wir hatten den Frieden nicht notwendig, wie man sagte. In all diesen Fragen ist nicht nur das Volk, sondern sind auch die Mitglieder des Reichstages von den Vertretern der Regierung direkt befohlen worden. Aber auch über den ganzen Verlauf des Krieges wurden wir fortgesetzt getäuscht, getäuscht bis zum Zusammenbruch des Ludendorffschen Regimes. Niemals sagte man uns etwas über eine angeblich schlechte Stimmung der Truppen. Einige Wochen nach seiner Waffenstillstandsbitte hat Ludendorff dem Kriegskabinet die Lage plötzlich wieder anders dargestellt, und zwar in der Art, als könnten wir weiterhin aushalten. Es wurde später behauptet, daß das Kabinet damals kein Verständnis für Ludendorff gezeigt hätte. Ich berufe mich hier darauf, was der damalige Kriegsminister Scheuch bestätigt hat, daß nämlich

Ludendorff damals rein gar nichts hat anführen können,

was überzeugend gewirkt hätte. Selbstverständlich hat das Kriegskabinet sich damals nicht durch diese neuen Ludendorffschen Erklärungen beeinflussen lassen können.

Dann, vom 9. November ab, lag das Schicksal Deutschlands in den Händen von drei Männern, von Ebert, Landsberg und mir. Wären wir ausgerückt, dann hätten Lieb-

recht und seine Freunde in Berlin.

Dann wäre Deutschland eine russische Provinz geworden. Wir hätten keine Revolution gewollt und vorbereitet. Wir mußten ein bankrotttes System liquidieren; wir waren Reichsrevolvere. Daher auch die Äußerung Eberts über die Monarchie. Wir hatten die Aufgabe, aus dem Schutt herauszuführen, was noch rettenswert war und die Möglichkeit zu schaffen, auf demokratischer Grundlage etwas Neues aufzubauen. Das ganze tapfere Vürgerturn war in die Ruine übergegangen! Von den Reichsherrschern war der letzte der Deutschnationalen Graf Westarp, den wir sahen, als er einen Schutzhelm für seine Person sich erbeten hat. Später kamen dann die Herrschaften wieder heraus und saßen wieder Mut, als sie sahen, daß es Ernst wurde mit der Nationalversammlung.

Aber das Bündnis, das Ebert mit Groener

geschlossen haben soll,

zur Niederschlagung der bolschewistischen Revolution scheinen dem General doch mißverständlich Äußerungen unterlaufen zu sein. Ebert hat nie daran gedacht, ein Bündnis abzuschließen. Es galt nur die Abwehr der indisciplinierten Waffen, die sich als Sozialisten und Kommunisten aufstellten, aber vor Jahr und Tag noch geiß waren. Das waren für uns keine Klassenbewußten Arbeiter. Wir wehrten uns gegen diese oft von Russen geführten Horden, suchten uns Waffen zu beschaffen und so wurde die Truppe aufgestellt, nicht, um die Revolution niederzuschlagen, sondern um Deutschland vor den Händen zu retten, die selbst nicht wußten, was sie wollten. Unabhängige und Reichswehrsozialisten waren hier vollständig einig. Eines Tages, als wieder das Anrüden einer Bande von 15 000 bis 20 000 Leuten gegen das Reichskanzlerpalais gemeldet wurde, kam Haase zu mir und sagte, das können wir und doch nicht ewig gefallen lassen. Ich habe 2000 bewaffnete Seceute zur Verfügung, die werde ich kommen lassen.

Deutschland ist zusammengebrochen, weil seine Führer weder politisch noch militärisch so gut waren, wie sie hätten sein müssen, weil das Volk schwächer und schwächer wurde an der Front, während der Gegner immer stärker

und stärker wurde. Wir hatten nicht mehr zu essen. Der letzte kupferne Kochkessel war aus der Küche gewandert, die letzte Rinderglocke eingeschmolzen, Escherich, Dr. Heim, der bayerische Kronprinz haben schon 1917 verzweifelte Briefe geschrieben. Die allgemeine Stimmung war — Schluß, wir können nicht anders! Wir Sozialdemokraten haben uns dem entgegengesetzt und das eine Spießerei genannt. Man müsse um die letzte Chance eines erträglichen Friedens kämpfen. Jetzt wird dieses Volk, das Unerhörtes geleistet hat, in großen Teilen verleumdet und beschimpft, erstens um unbegründete Führer zu bezeichnen, zweitens um die Eroberungspolitik zu rechtfertigen, die am Schreibtisch bereit waren, den letzten Blutstropfen der Anderen zu versippen, und drittens um die Wähler zu täuschen und durch sie die politische Macht zu erobern.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Besalozza äußerte sich Scheidemann noch einmal über die Regierung der Volksbeauftragten und das von General Groener erwählte Bündnis:

Daß das Bündnis etwa geschlossen worden sei, um die U.S.P. aus der Regierung zu drängen, glaube ich niemals.

Ich halte das für eine mißverständliche Auffassung Groeners, denn nie hätte Ebert etwas getan, ohne seinen Freunden etwas davon zu sagen. Die Frage, ob wir uns in der Regierung von der U.S.P. trennen, war akut, als wir über den Termin der Einberufung der Nationalversammlung sprachen. Wir wollten die möglichst rasche Einberufung, die U.S.P. wollte den Termin hinausschieben, weil zuerst das Volk über die Wahlen aufzuklären werden sollte. Wir lehnten das ab und sagten, dann gehen wir aus der Regierung heraus und überlassen Euch die Verantwortung. Ausgeschlossen sind dann die Leute der U.S.P. nach dem Kampf bestimmter Truppen gegen das Schloß und den Rasplatz, wo Weis gefangen war.

Als letzter Zeuge wurde dann

Dr. Thälme

vernommen, der auf Grund seiner literarischen Zusammenarbeit mit Ebert während des Krieges sich eine genaue Kenntnis der Einstellung der Sozialdemokratie zum Kriege zuschreibt. Er erklärte, daß die Sozialdemokraten und die gewerkschaftlichen Führer während des ganzen Krieges sich zu freudiger Erfüllung der Pflicht zur Landesverteidigung bekannnt haben und alle Hemmungen selbstlos zurückgestellt haben. Das gleiche Zeugnis könne er nicht den Unabhängigen ausstellen. Aus Gesprächen mit mehrheitssozialistischen Führern hatte er aber den Eindruck, daß die Mitglieder der U.S.P. zwar nicht die Pflicht der Landesverteidigung verneint hätten, aber keinen deutschen Sieg wollten, weil sie daraus die deutsche Hegemonie und eine fürchtbare Reaktion befürchteten.

Der Zeuge übte als Anhänger von Bethmann Hollweg überaus scharfe Kritik an Tirpitz. Auf die Frage des Rechtsanwalts Graf Besalozza, ob der Zeuge in seiner Schrift, die über den Fall Fehrenbach aufgestellten Behauptungen, daß es Gohmann weniger darum zu tun war, die Kriegsschuldfragen zu entlarven, als auf die moralische Entwertung der Sozialdemokratie hinzuwirken, aufrechterhalte, erklärte der Zeuge, er halte im allgemeinen auch heute das Urteil noch aufrecht.

Graf Besalozza übergab hierauf die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen als zweifelhaft hinzuweisen, dem Gericht den Briefwechsel zwischen dem Zeugen Thälme und Gohmann, der unmittelbar nach dem Kriegsschuldprozeß erfolgte.

Im weiteren Verlaufe erklärte der Zeuge, er könne zur Wahrheitsliebe Gohmanns kein absolutes Vertrauen haben, nachdem dieser seinerzeit die von Fehrenbach und seinem Anwalt angenommene Haltung zur Schuldfrage lediglich als Fried und Kriegslist erklärt habe.

Rechtsanwalt Hirschberg stellt sodann den Antrag, daß das ganze Aktenmaterial des Fehrenbachprozesses beigebracht werde.

Darauf wurde die Sitzung auf Montag vertagt, an dem die Vernehmung der Sachverständigen beginnt.

Englands Flottenerfordernisse.

London, 1. November. Marineminister Bridgeman führte in einer Rede aus: Unsere Kreuzer werden allmählich alt und müssen ersetzt werden. Seit dem Weltkrieg haben wir großen Seemächte, nämlich Amerika, Frankreich, Italien und Japan, 318 Kriegsschiffe vom Kreuzer abwärts auf Stapel gelegt. England hat, das diesjährige Bauprogramm nicht eingerechnet, elf Schiffe auf Stapel gelegt. Soll England beschuldigt werden, daß es mit einem neuen Weltkrieg den Anfang macht? Solange England eine Inselmacht mit einem ausgedehnten Reich ist, können wir es nicht zulassen, daß wir ohne Schutz sind. Im übrigen wäre unseren tapferen Seecuten gegenüber nichts grausamer, als sie in veralteten Schiffen gegen neuzeitliche Schiffe kämpfen zu lassen.

Amerika und die Schuldnerstaaten.

London, 2. November. Der Washingtoner Korrespondent des „Morningpost“ meldet anlässlich des Eintreffens der italienischen Schuldenkommission: Nachrichten aus sehr guter Quelle besagten, daß Coolidge den amerikanischen Kredit immer stärker dazu benutze, um die Schraube gegenüber Frankreich und anderen Schuldnerstaaten Amerikas anzuziehen. Er habe die Bankiers verhöhnt, daß er Darlehen nicht nur an die Regierungen, sondern auch an Gemeinden und privaten Unternehmungen in Ländern, die ihren Verpflichtungen gegenüber Amerika nicht genügen, mößliche.

Die Lage in Syrien.

Zur Befreiung von Damaskus.

London, 30. Oktober. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Beirut berichten die Flüchtlinge aus Syrien erschütternde Einzelheiten über die Leiden der Bevölkerung von Damaskus während und nach der Befreiung durch die Franzosen. Die Stadt wird als eine Stätte der Toten beschrieben. Es ist unmöglich, die Anzahl der Toten anzugeben, da Hunderte von Leichen unter den Trümmern begraben liegen. Eine Anzahl französischer Offiziere und Mannschaften brach in eines der ersten Juweliergeschäfte von Damaskus ein und schaffte die dort befindlichen Gegenstände fort. Es verläutet, daß

(Fortsetzung Seite 8.)